

Absender:
SPD-Wahlkreisbüro Sabrina Repp, MdEP, Doberaner Straße 6, 18057 Rostock

20. Oktober 2026

Sabrina Repp, MdEP

Büro Brüssel
Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI
12G242
60, rue Wiertz
B-1047 Bruxelles/Brussel

Büroleitung:
Arzu Mouchtar
Tel.: +32 228 45783
Mail: sabrina.repp@europarl.europa.eu

Wahlkreisbüro Rostock
Sabrina Repp
SPD-Wahlkreisbüro
Doberaner Str. 6
18057 Rostock

Büroleitung:
Anne Niekrenz
Tel.: +49 (0)1573 4451906
Mail: kontakt@sabrina-repp.eu

Web:
www.sabrina-repp.eu

Starke Städte, starke Regionen: EU-Parlament fordert mehr Unterstützung für Kommunen

Straßburg, 20. Oktober 2026

Heute stimmte das Europäische Parlament über eine Resolution zur Rolle der europäischen Kohäsionspolitik bei der Umsetzung der EU-Städteagenda ab. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Städte künftig besser durch europäische Fördermittel unterstützt werden können. Besonders kleinere und mittlere Städte im ländlichen Raum sollen dabei stärker berücksichtigt werden.

Gerade in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt übernehmen Städte wichtige Aufgaben für die umliegenden Gemeinden. Gleichzeitig stehen viele Kommunen vor großen Herausforderungen. Bezahlbarer Wohnraum fehlt, bestehende Gebäude müssen saniert und Städte besser auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet werden. Die Resolution fordert deshalb gezielte Investitionen in den Wohnungsbau und die Klimaanpassung. Entscheidend dafür ist auch eine verlässliche Finanzierung im kommenden EU-Haushalt für die Jahre 2028 bis 2034.

Sabrina Repp, regionalpolitische Sprecherin der Europa-SPD:

„Ob in Güstrow, Stendal oder Neubrandenburg: Unsere Städte halten die Regionen zusammen. Sie schaffen Arbeitsplätze und bieten jungen Familien eine Perspektive. Gerade kleinere und mittlere Städte sind das Rückgrat unserer ländlichen Räume. Wenn wir wollen, dass Menschen auch künftig gerne in ihrer Heimat leben, müssen wir sie stärken. Dazu gehören bezahlbare Wohnungen und lebendige Innenstädte. Gleichzeitig müssen sich unsere Kommunen besser gegen Hitze und Starkregen schützen können.“

All das kostet Geld. Deshalb kämpfe ich in den aktuellen Verhandlungen zum nächsten EU-Haushalt für eine starke europäische Regionalförderung. Unsere Städte brauchen verlässliche Mittel und müssen selbst mitentscheiden können, wo sie eingesetzt werden. Denn in Brüssel wissen wir nicht besser als die Menschen vor Ort, was in Stendal oder Güstrow gebraucht wird. Europäische Förderung muss dort ankommen, wo sie den Alltag der Menschen verbessert.“

Hintergrund: Die europäische Kohäsionspolitik fördert den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zwischen den Regionen der EU. Über Förderprogramme wie den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt sie unter anderem Investitionen in die Stadtentwicklung. Im Zuge der Verhandlungen über den EU-Haushalt 2028 bis 2034 wird auch über die zukünftige Finanzierung und die Mitsprache der Regionen bei der Vergabe dieser Mittel entschieden.